FDP Hanau

WER ACHTUNG UND RESPEKT EINFORDERT, MUSS AUCH MIT ACHTUNG UND RESPEKT AGIEREN

21.02.2025

Eine Rede auf der Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Attentats vom 19. Februars 2020 nimmt die Hanauer Koalition aus SPD, CDU und FDP zum Anlass für eine Stellungnahme. Die Mutter eines Opfers, Frau Gürbüz, hatte sich bei der Veranstaltung mit schockierenden Äußerungen zu Wort gemeldet.

Nach der Gedenkveranstaltung zum 5. Jahrestag des rassistischen Anschlags vom 19. Februar 2020 setzt die Koalition im Hanauer Rathaus klare Grenzen: auch mit dem furchtbaren Tod ihres Sohnes Sedat sei nicht jede Rede von Frau Gürbüz zu rechtfertigen. Schon gar nicht, wenn das Gedenken zur politischen Agitation genutzt und mit wahrheitswidrigen Aussagen gespickt werde.

„Bei allem Verständnis für die Trauer über den Verlust ihres Sohnes, was Frau Gürbiz von der Stadt Hanau, dem Land Hessen und der Bundesrepublik Deutschland an Respekt und Achtung einfordert, muss sie auch gegenüber Bund, Land, Stadt sowie den anderen Opferfamilien aufbringen," sagt der Vorsitzende der Hanauer FDP Fraktion, Henrik Statz.

Die Rede sei eine Ohrfeige für alle Familien, die trotz ihrer Trauer wieder zurück ins Leben finden wollen, den Blick in die Zukunft richten und sich engagieren, damit Hass du Hetze in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

„Frau Gürbüz hat mit ihren Aussagen am 19. Februar leider genau das Gegenteil betrieben. Sie hat die Gedenkveranstaltung missbraucht, um rückwärtsgewandt zu spalten und die schreckliche Tat zu instrumentalisieren", so der CDU-Fraktionsvorsitzende Pascal Reddig.

Für die Zukunft stellt die Koalition klar: es werde derlei Gedenkveranstaltung in Hanau

Abgerufen am 06.11.2026 unter https://fdp-hanau.de/?p=15181

nicht mehr geben. Es sei offensichtlich angezeigt, das künftige Gedenken in kleinerem Rahmen durchzuführen.

Respekt verdiene nach Auffassung der Koalition die Reaktion des Oberbürgermeisters, der die Vorwürfe mit einem Satz zurückwies und trotzdem die Würde und das Format der Gedenkfeier nicht verlassen hat.

Wie der Koalition aus Berlin übermittelt wurde, hat Frau Gürbüz anlässlich ihrer Rede bei der Berlinale geäußert, dass sie Deutschland, Hanau und den Oberbürgermeister hasse. Warum sie bei einer derartigen Gefühlslage die deutsche Staatsbürgerschaft beantrage, bleibt wohl ihr Geheimnis.

„Ich wünsche Frau Gürbüz die Kraft, ihren Hass zu überwinden, um sich künftig respektvoll zu äußern“, fasst die Fraktionsvorsitzende der SPD Ute Schwarzenberger zusammen.

Abgerufen am 06.11.2026 unter https://fdp-hanau.de/?p=15181